

993/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend „Killerhunde“ oder verantwortungslose Hundehalter?

Ausgelöst durch die grauenhafte Tötung eines Buben durch einen sogenannten Kampfhund in Deutschland wird in der Öffentlichkeit eine teilweise höchst irrationale Debatte geführt. Tatsache ist, dass ein einschlägig amtsbekannter Rechtsbrecher sämtliche Behördenanordnungen ignoriert hat. Die Kontrolldefizite der Behörden erleichterten die fortgesetzten Rechtsbrüche.

Seit Jahren wird seitens des Tierschutzes in Österreich darauf hingewiesen, dass Hunde in krimineller Weise missbraucht werden. Bisher wurde von der Exekutive wenig unternommen, der Kampfhundeszene Einhalt zu gebieten.

Es gibt keine per se aggressiven Hunderassen. Aggressivität kann durch entsprechende Merkmalsauswahl bei Zuchttieren durch gezielte Aggressivitätsförderung in der Prägephase von Welpen und durch „scharfes“ Abrichten bzw. Einsatz als Kampftier nahezu bei allen Rassen bzw. Mischlingshunden geweckt werden. Es ist daher widersinnig, bestimmte Rassen als solche zu verbieten oder gar alle Tiere einer bestimmten Rasse zu töten, anstatt die Ursachen für das Heranbilden von Kampfhunden abzustellen.

Die deutschen Vorstöße, gerichtet auf die Tötung aller Tiere bestimmter Rassen (z.B. Pitbulls), gehen daher völlig am Problem vorbei und werden leider die Gefahrenquelle nicht bannen, denn das Problem beginnt „am oberen Ende der Hundeleine“.

In Österreich sind Hundezucht sowie private Verkäufe etc. gesetzlich nahezu unregelt. Die Bestimmungen zum Schutz von Tieren (und damit indirekt die einzige Handhabe gegen das verantwortungslose Geschäft mit Tieren) sind mangels einer bundeseinheitlichen Kompetenzgrundlage zersplittert und schwer vollziehbar.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

ANFRAGE:

1. Wieviele Exekutiveinsätze im Zusammenhang mit aggressiven Hunden waren - gegliedert nach Bundesländern - in den letzten 5 Jahren zu verzeichnen?
2. Wie hoch war der Anteil der sogenannten „Kampfhunderassen“ und wie hoch der Anteil der anderen Rassen bzw. von Mischlingshunden?
3. In wievielen Fällen kamen Menschen zu Schaden?
4. In wievielen Prozent der Fälle waren die Hundehalter Männer?
5. Teilen Sie die Auffassung, dass es eine bundeseinheitliche Handhabe gegen einschlägig auffällig gewordene ZüchterInnen /HändlerInnen / HalterInnen geben sollte? Wenn nein, warum nicht?
6. Werden Sie sich einsetzen für eine massive strafrechtliche Ahndung der Kampfhundeszene? Wenn ja, an welche konkreten Maßnahmen ist gedacht?
7. Teilen Sie die Auffassung, dass Ausbildungen/Kurse für sogenannte „Schutzhunde“ bestimmten Berufsgruppen, insbes. der Exekutive, vorbehalten bleiben sollte und dass Hunde von Privaten nicht in Spezialkursen „scharf gemacht“ werden dürfen? Wenn ja, was werden Sie gegen die Kampfhundeszene tun?
8. Die renommierte Verhaltensforscherin Fedderson Petersen hat wissenschaftlich bewiesen, dass es Unsinn ist, von „Killerrassen“ zu sprechen. Das Potential zu übermäßiger Aggression kann durch menschliches Zutun in jedem Hund geweckt werden. Teilen Sie die Auffassung, dass Rassenverbote das Problem nicht lösen, sondern eher zur Folge haben, dass kriminelle Tierhalter dann auf andere - nicht verbotene Rassen - ausweichen?
9. Werden Sie sich daher für ein Verbot aggressiver Zuchtlinien anstelle des Verbotes von Rassen einsetzen?
10. Was werden Sie unternehmen für eine verstärkte grenzübergreifende Kooperation, um den Import verhaltensgestörter Billighunde aus Zuchtfabriken zu unterbinden?